

Estland durch Gouverneurs-Kommissare estnischer und lettischer Nationalität. Darüber hinaus aber, so urteilt W., habe die Petersburger Regierung alles vermieden, „was auf eine Autonomie von Ländern und Nationalitäten hindrängte“ (S. 75), um die Nationalitätenfrage als geschlossenen Komplex in die Verantwortlichkeit der einzuberufenden Verfassungsgebenden Nationalversammlung einzubringen. Das von Esten und Letten bezüglich der Selbstbestimmung effektiv Erreichte war dann auch wenig genug. Immerhin gelang die Zusammenfassung des überwiegend estnisch besiedelten Territoriums zu einer ethnisch bestimmten Verwaltungseinheit, die als Vorstufe der späteren Staatsbildung zu bezeichnen ist. Ähnliche Wünsche der Letten in Richtung auf eine Verwaltungseinheit von Livland und Lettgallen blieben hingegen unerfüllt.

Die Nationalitätenpolitik der russischen Provisorischen Regierung ist nach W. gekennzeichnet durch den Dualismus von nationalrussischem Einheitswillen und dem Respekt vor dem demokratischen Postulat nationaler Willenskundgebung und Selbstbestimmung, ein Problem, dem weder die Kabinette L'vov noch die Regierung Kerenskij gewachsen waren.

W. weist letztlich auf eine Reihe endogener Faktoren hin, durch die die Kabinette L'vov der Machtübernahme durch die Bol'seviki entscheidenden Vorschub leisteten: so hatte es L'vov versäumt, die Bevölkerungsmehrheit Rußlands, nämlich das Bauerntum, durch einen Politiker im 1. Kabinett repräsentant zu machen, ein Versäumnis, das auch durch eine spätere Kabinettsumbildung in seiner praktisch-politischen und psychologischen Wirkung nicht mehr gutzumachen war. Auch die während des Krieges stark angewachsene Industriearbeiterschaft wurde durch die unterlassene Ernennung eines Arbeitsministers vor den Kopf gestoßen. Als seine Bestallung im 2. Ministerium des Mai 1917 aus den Reihen der Sozialisten endlich erfolgte, verhinderte das fehlende Sozialprogramm eine erfolgreiche Sozial- und Arbeitspolitik.

Ferner macht W. auf die mangelnde Regierungserfahrung der russischen Provisorischen Regierung aufmerksam, so daß diese — im Unterschied zum Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat — das durch den Zusammenbruch des Zarentums entstandene Machtvakuum nicht auszufüllen wußte, was zu der bekannten Doppelherrschaft von Regierung und Sovet führte.

Als schweren Fehler bezeichnet W. letztlich die administrativen Maßnahmen der Kabinette L'vov, denen zufolge das alte Verwaltungssystem teilweise ersatzlos aufgehoben und auch der überkommene Polizeiapparat liquidiert wurde. Der gute Vorsatz, die Symbole einer zentralistischen Staatslenkung und -verwaltung durch regionale Selbstverwaltungskörperschaften zu ersetzen, führte in der Praxis zu einer Häufung von administrativen Fehlleistungen, die den Raum schufen, in dem die Bol'seviki erfolgreich wirken konnten.

Freiburg i. Br.

Hans-Erich Volkmann

**Sowjetunion. Außenpolitik. Bd I. 1917—1955.** Unt. Mitarb. von Heinz Brahm, Wolfgang Eichwede, Fritz T. Epstein, Andreas Hillgruber, Jörg K. Hoensch, Hans-Adolf Jacobsen, Peer Lange, Gerd Linde, Boris Meissner und Bernhard Schalhorn. Hrsg. von Dietrich Geyer. (Osteuropa-Handbuch.) Böhlau Verlag. Köln, Wien 1972. XI, 618 S.

Unter dem Titel „Sowjetunion“ der von Werner Markert begründeten Reihe des Osteuropa-Handbuches erschienen bisher die Bände „Das Wirtschaftssystem“ (1965)<sup>1</sup> und der dokumentarisch angelegte Band „Verträge und

1) Besprochen von Herbert Schlenger, in: ZfO 26 (1967), S. 770 f.

Abkommen. Verzeichnis der Quellen und Nachweise 1917—1962“ (1969), der für den vorliegenden Band als Materialbasis und Supplement zugleich dienen kann. Ein weiterer Band ist kürzlich erschienen; er behandelt die Außenpolitik der Sowjetunion von 1955 bis 1973 und enthält auch ein abschließendes Register.

Der vorliegende Band ist in zwei Teile gegliedert. Die ersten fünf Beiträge sind chronologisch angeordnet und zeichnen die Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges nach: „Voraussetzungen sowjetischer Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit“ (D. Geyer), „Außenpolitik in Revolution und Bürgerkrieg, 1917—1920“ (F. T. Epstein), „Der Eintritt Sowjetrußlands in die internationale Politik, 1921—1927“ (W. Eichwede), „Primat der Sicherheit, 1928—1938“ (H.-A. Jacobsen) und „Der Zweite Weltkrieg, 1939—1945“ (A. Hillgruber). Die ostmitteleuropäischen Staaten, die in jedem dieser Beiträge entsprechend ihrer außenpolitischen Bedeutung behandelt werden, waren demnach vor allem in der Periode des Bürgerkrieges für Sowjetrußland wichtig, wie F. T. Epstein eindrucksvoll darlegt. — Der zweite Teil ist systematisch aufgebaut und richtet sich, nach einem grundlegend-reflektierenden Beitrag „Von der Kriegscoalition zum Kalten Krieg“ von D. Geyer, auf die Regionen bzw. Interessengebiete der sowjetischen Außenpolitik: „Sowjetische Osteuropapolitik, 1945—1955“ (J. K. Hoensch), „Deutschland und Österreich“ (B. Meissner und J. K. Hoensch), „Konfrontation mit dem westlichen Bündnis in Europa“ (P. Lange) und „Die sowjetische Politik in Asien“ (B. Schalhorn, G. Linde und H. Brahm).

Aus dem zweiten, regional gegliederten Teil dürfte für die Leser der „Zeitschrift für Ostforschung“ vor allem der Beitrag über die sowjetische Osteuropapolitik des ersten Nachkriegsjahrzehnts von Interesse sein. J. K. Hoensch unterscheidet darin folgende Perioden: „Einbeziehung in die Hegemonialosphäre der UdSSR“ (1945—1947); „Etablierung des volksdemokratischen Regimes“ (1947—1949); „Herrschaftspraxis“ (1950—1953) und „Neuorientierung“ (1953 bis 1955), die durch die unterschiedliche, doch stets souveräne Handhabung des außenpolitischen Instrumentariums durch die Sowjetunion gekennzeichnet waren. Als besonders gelungen erscheint der zentrale Abschnitt „Herrschaftspraxis“, in dem aufgezeigt wird, daß eben dieses außenpolitische Instrumentarium der Sowjetunion nicht auf die klassischen außenpolitischen Organe beschränkt blieb, sondern sich neuer Kommunikationsträger bediente, wie sie die Kommunistische Partei, der Geheimdienst und die Streitkräfte darstellten. Zugunsten derartiger Kontroll- und Kommunikationsformen wurden die üblichen „diplomatischen“ Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den einzelnen osteuropäischen Volksdemokratien in vielen Fällen geradezu auffallend vernachlässigt. Die sowjetische Außenpolitik gewann in diesem Zusammenhang eine neue Qualität. Hoensch diskutiert (S. 425 f.) auch die Möglichkeit einer Einverleibung der Volksdemokratien durch die Sowjetunion als Sowjetrepubliken, die in osteuropäischen Hauptstädten gerade zwischen 1948 und 1952 nicht mehr ausgeschlossen wurde; er glaubt jedoch, daß für Stalin die einzelnen Risiken zu hoch waren, um einen solchen Schritt vornehmen zu können; daher blieb im Ergebnis „die Souveränität in der Form der Suzeränität erhalten“. — Im ganzen erscheint dem Rezensenten der Beitrag zu stark an der Person Stalins orientiert zu sein.

Für den Gesamtband gilt, daß die inhaltlich unter verschiedenen Arbeitsansätzen gewonnenen Urteile und Bewertungen dem Leser ohne Zweifel zugute kommen. In allen Beiträgen ist der internationale Forschungsstand ausführlich

berücksichtigt. Was die formale Behandlung betrifft, so knüpft dieser Band uneingeschränkt an das Niveau der vorangegangenen Bände des Osteuropa-Handbuches an.

Berlin

Klaus Meyer

**Franz Knipping: Die amerikanische Rußlandpolitik in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts 1939—1941.** (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 30.) Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen 1974. XIV, 258 S.

Gestützt auf die amerikanischen Archive und die umfassende amerikanische Literatur zum Zweiten Weltkrieg, kann der Vf. einem in diesem Rahmen eher vernachlässigten Thema neue Seiten abgewinnen. Mit der Anerkennung des Sowjetregimes durch die USA im November 1933 schien nicht nur der Schlußstrich unter eine große politisch-ideologische Auseinandersetzung gezogen, mehr noch — und das nicht nur in den Augen Roosevelts selbst — für die nächsten Jahre ein Faktor der Friedenssicherung angesichts des deutschen Aufstiegs gewonnen. Damals hatte der Präsident mit Außenminister Litvinov ein Abgreement bezüglich der Nichteinmischung der Komintern in inneramerikanische Verhältnisse, der Erleichterung der Arbeit amerikanischer Diplomaten in der Sowjetunion und vor allem einer befriedigenderen Regelung der russischen Industrie- und Kriegsschulden abgeschlossen. Doch dachte der Kreml nicht daran, sich an diese Übereinkunft zu halten, und so waren die Beziehungen schon vor dem Hitler-Stalin-Pakt kühl. Stalins Eingreifen in Polen, den Baltischen Staaten und schließlich der Winterkrieg in Finnland machten ja auf die amerikanische Öffentlichkeit einen niederschmetternden Eindruck. Hinter diesen bedrohlichen Zeichen stand für Washington die Furcht vor der Festigung des Paktes der Diktatoren zu einem militärischen Bündnis: konnte man etwas tun, um Stalin nicht unnötig noch mehr an Hitlers Seite zu drängen? Auch nutzte die deutsche Rüstungsindustrie über ihre russischen Kanäle die Möglichkeit, in den verschiedenen Staaten selbst wertvolle Rohstoffe oder Ausrüstungen anzukaufen, daher die amerikanische Praxis der Exportkontrollen bzw. verschleierte Ausfuhrverbote, wobei auch bestehende Lieferverträge nicht eingehalten wurden. Ende Juni 1940 aber deutete Unterstaatssekretär Welles dem sowjetrussischen Botschafter Umanskij gewisse Konzessionen in den strittigen handelspolitischen Fragen an. Man ging davon aus, daß angesichts der nunmehr fest etablierten deutschen Übermacht auf dem europäischen Kontinent die Sowjetunion an einer politischen Alternative interessiert sein müsse. Eine erneuerte Annäherung zwischen Moskau und Tokio würde zudem der japanischen Kriegsmaschine völlig freie Hand über die südostasiatischen Rohstoffquellen geben. Man hoffte sogar, die Sowjetunion zur unmittelbaren Hilfeleistung an China bewegen zu können. Parallel zu den Bemühungen von Sir Stafford Cripps in Moskau im November 1940 versuchte die amerikanische Politik — in der für die USA so typischen Mischung von Professionalismus und persönlichen, vom Präsidenten inspirierten Improvisationen —, weitere Kontakte zu knüpfen, wobei der Skeptiker Steinhardt als amerikanischer Botschafter in Moskau geopfert und die Restriktionen abgebaut wurden.

Fernost und Europa waren gleich wichtig, vor allem, als im März 1941 die Führerweisung „Unternehmen Barbarossa“ dem amerikanischen Handelsattaché in Berlin zugespielt worden war. Doch hat Stalins Politik der erneuerten und engeren Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich die US-Praktiken wirtschaftlicher Restriktionen „short of war“ neu verschärft. Man war sich bis zum 22. Juni nicht klar, ob man nicht vergeblich auf „Barbarossa“ gewartet